

Michelsen, Claus et al.

Article

Pandemie stürzt Weltwirtschaft in tiefe Rezession

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Michelsen, Claus et al. (2020) : Pandemie stürzt Weltwirtschaft in tiefe Rezession, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 87, Iss. 24, pp. 408-418, https://doi.org/10.18723/diw_wb:2020-24-2

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/222510>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Pandemie stürzt Weltwirtschaft in tiefe Rezession

Von Claus Michelsen, Guido Baldi, Geraldine Dany-Knedlik, Hella Engerer, Stefan Gebauer und Malte Rieth

ABSTRACT

Die Folgen der Corona-Pandemie hinterlassen tiefe Spuren in der Weltwirtschaft. Im ersten Quartal sank die weltweite Produktion im Zuge des globalen Lockdowns um 15,3 Prozent. Da die Eindämmungsmaßnahmen in vielen Ländern vor allem in das zweite Quartal fielen, dürfte der Einbruch im ersten Halbjahr insgesamt noch gewaltiger ausfallen. Aufgrund der vielerorts flächendeckenden Eindämmungsmaßnahmen und massiven Produktions- und Absatzeinschränkungen vom März bis zum Sommer dieses Jahres senkt das DIW Berlin seine Prognose für das Gesamtjahr drastisch von 2,5 Prozent auf –4,9 Prozent. Die erheblichen Produktionsausfälle und der massive Einbruch im Dienstleistungssektor werden voraussichtlich auch im nächsten Jahr nicht kompensiert werden können. Für das Jahr 2021 erwartet das DIW Berlin einen Anstieg der weltweiten Produktion von 5,5 Prozent. Risiken gehen vor allem von weiteren Infektionswellen aus. Auch handelspolitische Eskalationen sind weiterhin nicht auszuschließen.

Die Eindämmung der Covid-19-Pandemie hat zu einem Einbruch der globalen Konjunktur geführt (Abbildung 1). Im ersten Quartal 2020 schrumpfte die weltweite Produktion um insgesamt 15,5 Prozent, und auch der Welthandel war deutlich rückläufig.

In der ersten Jahreshälfte dürfte sich die globale Rezession ausweiten, da die in vielen fortgeschrittenen Volkswirtschaften, aber auch in einigen Schwellenländern seit März verhängten Lockdown-Maßnahmen die wirtschaftliche Aktivität massiv einschränken (Abbildung 2). Umsätze von Dienstleistungsgewerben wie der Gastronomie oder dem Einzelhandel brachen bereits im März in vielen europäischen Ländern, aber auch den Vereinigten Staaten im zweistelligen Bereich ein. Da in vielen Volkswirtschaften stringente Lockdown-Maßnahmen auch im April und Mai gegolten haben, dürften Teile des Dienstleistungsgewerbes im zweiten Quartal nahezu vollständig zum Erliegen kommen. Zudem kommt es aufgrund von gestörten Lieferketten und einer stark reduzierten Erwerbstätigkeit in vielen Bereichen – vor allem in fortgeschrittenen Volkswirtschaften – zu erheblichen Produktionsausfällen. Beispielsweise schrumpfte die Industrieproduktion in den USA und Japan im April um rund zehn Prozent.

Eine leichte Stütze für das verarbeitende Gewerbe, aber auch den privaten Verbrauch – zumindest in ölimportierenden Volkswirtschaften – dürften die weiterhin niedrigen Ölpreise sein. So bleiben die Preise für Rohöl trotz des nun eingeläuteten Waffenstillstands innerhalb der OPEC+ und der leichten Kürzungen des Angebots insgesamt auf einem sehr niedrigen Niveau.¹

Auch auf den Arbeitsmärkten dürften die Einschnitte weiterhin tiefe Spuren hinterlassen. Zwar wurden in vielen Ländern entsprechende Maßnahmen wie etwa eine Ausweitung des Kurzarbeitergelds beschlossen, dennoch wird die Arbeitslosigkeit in einigen Volkswirtschaften vor allem

¹ Die OPEC+ hat für Mai und Juni Produktionskürzungen von 9,7 Millionen Barrel pro Tag (mb/d) im Vergleich zum Niveau vom Oktober 2018 angekündigt. Es folgen bis Jahresende Kürzungen auf 7,7 mb/d und bis Ende April 2020 auf 5,8 mb/d. Saudi-Arabien und Kuwait haben darüber hinaus für Juni freiwillige Kürzungen in Aussicht gestellt.

in diesem Jahr voraussichtlich erheblich steigen. Damit einhergehende Einkommenseinbußen und eine durch Verunsicherung höhere Sparneigung werden den privaten Verbrauch wohl merklich schwächen.

Unklar bleibt zudem, wie schnell und in welchem Umfang Einkommensverluste durch die vielerorts verabschiedeten finanzpolitischen Hilfspakete sowie geldpolitischen Lockerungen abgefedert werden können. Diese haben zum Teil historische Ausmaße angenommen, und auch weiterhin dürfte die Finanz- und Geldpolitik in vielen Regionen expansiv ausgerichtet bleiben (Tabelle 1). Insgesamt werden die vielseitigen Maßnahmen die Produktion stützen.

So ist nach einem starken Einbruch der weltwirtschaftlichen Leistung in der ersten Jahreshälfte mit einer zunächst langsamen Erholung im weiteren Prognoseverlauf zu rechnen. Dieser Prognose liegt die Annahme zugrunde, dass in den größten Volkswirtschaften die Eindämmung des Virus gelingt. Bestehende einschränkende Maßnahmen im Jahresverlauf werden weiter zurückgefahren und durch gezieltere Maßnahmen ersetzt. Eine zweite Infektionswelle wird somit ausgeschlossen. Ab dem Jahreswechsel werden diese Regelungen annahmegemäß schrittweise abgebaut.

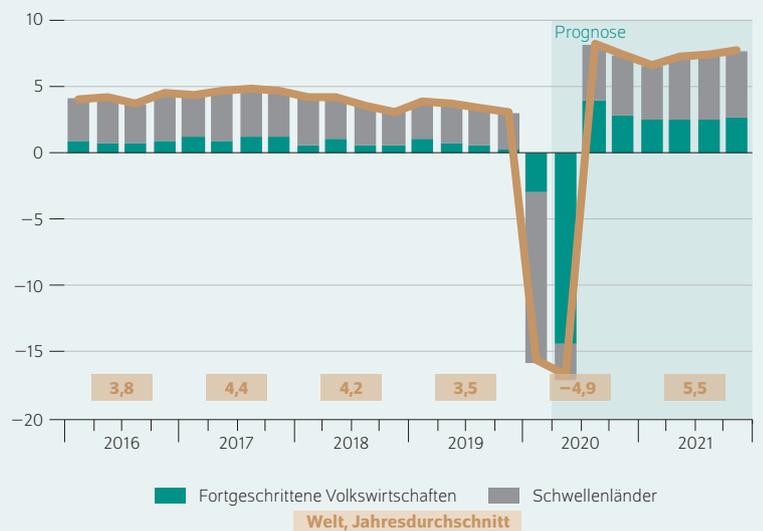
Da somit Regelungen wie Abstandsregeln oder Empfehlungen zur Heimarbeit in vielen Ländern grundsätzlich vorerst bestehen bleiben dürften, werden sich vielerorts die Einschränkungen im Produktionsprozess nur allmählich auflösen. Dies steht einer schnellen Normalisierung der Produktion entgegen. Vor dem Hintergrund großer unternehmerischer Verluste im ersten Halbjahr und dem folgenden sukzessiven Abbau der Produktionseinschränkungen werden die Unternehmen trotz günstiger Finanzierungsbedingungen kaum Anreize haben zu investieren. Zudem dürften bereits geplante Investitionen aufgrund des kaum vorhersehbaren Pandemieverlaufs verschoben werden.

Insgesamt stürzt die Corona-Pandemie die Weltwirtschaft in diesem Jahr in eine tiefe Rezession. So wird die globale Produktion dieses Jahr voraussichtlich um 4,9 Prozent schrumpfen. Eine Erholung wird schleppend verlaufen, und insgesamt dürften Verluste im Prognosezeitraum kaum kompensiert werden (Kasten). vielerorts werden Produktions- und Absatzeinschränkungen nicht vollständig abgebaut. In vielen Ländern erleiden Haushalte sowie Unternehmen enorme Einkommens- und Umsatzausfälle und sind gleichzeitig erheblich verunsichert über den weiteren Pandemieverlauf und die wirtschaftliche Entwicklung. Dies dürfte die Nachfrage nach Investitions- und Konsumgütern trotz günstiger Finanzierungsbedingungen und beschlossener finanzpolitischer Hilfen in den meisten Volkswirtschaften noch bis in das kommende Jahr deutlich bremsen.

Mit einem weltwirtschaftlichen Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 5,5 Prozent im Jahr 2021 wird die Produktion ihr Vorkrisen-Niveau bis Ende nächsten Jahres in den meisten Volkswirtschaften noch nicht erreichen (Tabelle 2). Im Vergleich zum Frühjahr senkt das DIW Berlin

Abbildung 1

Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts
Jeweils zum Vorquartal, in Prozent



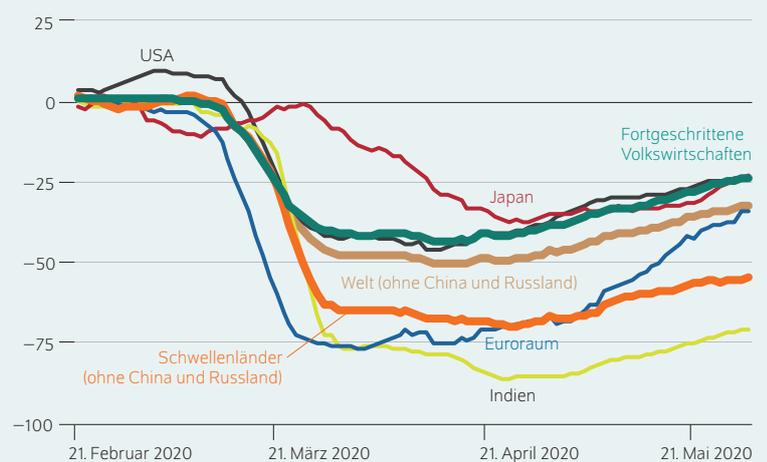
Quellen: Nationale statistische Ämter; DIW Sommergrundlinien 2020.

© DIW Berlin 2020

Das reale Bruttoinlandsprodukt bricht durch die Ausbreitung des Coronavirus und die weltweiten Eindämmungsmaßnahmen im ersten Halbjahr 2020 massiv ein.

Abbildung 2

Weltweite Mobilitätstrends¹ während der Corona-Krise
Gleitender siebentägiger Durchschnitt der prozentualen Abweichung von einer Basismobilität²



1 Mobilitätsdaten stammen von Nutzerinnen und Nutzern, die sich über ihr Google-Konto bei LocationHistory angemeldet haben, gemessen für Orte mit Dienstleistungen (Freizeit und Einzelhandel). Für China und Russland liegen keine Daten vor.
2 Die prozentualen Änderungen für jeden Tag werden mit dem Basiswert für diesen Wochentag verglichen. Der Basiswert entspricht dem Medianwert für den entsprechenden Wochentag während des Zeitraums von 3. Januar bis 6. Februar 2020. Ländergruppen entsprechen der Länderzusammenstellung der Prognose des DIW Berlin und sind gemäß dem Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2015 nach Kaufkraftparität gewichtet.

Quelle: Google; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2020

Die Personenmobilität in Schwellenländern sinkt in der Corona-Krise deutlich stärker als in fortgeschrittenen Volkswirtschaften.

Tabelle 1

Ankündigung wichtiger wirtschaftspolitischer Maßnahmen in fortgeschrittenen Volkswirtschaften
Zwischen März und Anfang Juni 2020, Volumen der Maßnahmen und Bürgschaften in Milliarden Euro¹

Datum	Land	Politik	Ankündigung	Beschreibung	Volumen ¹	Bürgschaften
10.03.	IT	FP	Hilfspaket, Schutzschild	Steuerstundung, Kurzarbeit, Gesundheitsausgaben und Zuschüsse	25	250
	JP	FP	Hilfspaket	Ausweitung des Programms zur Entlastung bei Krediten für KMU	12	
	UK	GP	Zinssenkung der Bank of England um	50 Basispunkte auf 0,25 Prozent, Unterstützung für Kredite an KMU		
11.03.	UK	FP	Haushalt	Unterstützung für Haushalte, Firmen, öffentlichen Dienst und Nationalen Gesundheitsdienst	13	
12.03.	ES	FP	Hilfspaket	Gesundheitsausgaben	4	
	EZB	GP	Erweiterung des bestehenden Ankaufsprogramms für Vermögenswerte um 120 Milliarden Euro und weitere Liquiditätsbereitstellung			
13.03.	DE	FP	Hilfspaket, Schutzschild	Steuerstundung, Kurzarbeit, Gesundheitsausgaben und Garantien	60 ²	550
15.03.	US	GP	Zinssenkung um 100 Basispunkte auf Zielkorridor von 0–0,25 Prozent, Verpflichtung zum Kauf von US-Schatzbriefen in Höhe von 700 Milliarden Dollar, Senkung der Reservevorgaben auf 0 Prozent, Bereitstellung von Dollar-Swap-Linien			
16.03.	JP	GP	Ausweitung der Anleihekäufe, erweiterte Bereitstellung von US-Dollar Liquidität, Einführung eines Spezialfonds zur Absicherung von Krediten, Ankäufe von ETFs und J-REIT.			
17.03.	FR	FP	Hilfspaket, Schutzschild	Garantien und Zuschüsse	45	
	ES	FP	Hilfspaket	Steuerstundung, Kurzarbeit, Gesundheitsausgaben und Garantien	30	130
	UK	FP	Hilfspaket	Ausweitung staatlich besicherte Kreditvergabe und Garantien für Unternehmen, Steuersenkungen und -stundungen	390	368
	NL	FP	Hilfspaket	Zuschüsse an Unternehmen und ArbeitnehmerInnen, Steuerstundungen	39	4,5
18.03.	EZB	GP	Ankündigung des Pandemic Emergency Purchase Program (PEPP) in Höhe von 750 Milliarden Euro			
	US	FP	Regelwerk (Families First Coronavirus Response Act)	Krankengeld, Übernahme der Test-Kosten durch Versicherung, Steuerstundungen		
19.03.	UK	GP	Zinssenkung der Bank of England um 15 Basispunkte auf 0,1 Prozent, Erhöhung der Anleihekäufe um 200 Milliarden auf 645 Milliarden Pfund.			
20.03.	EU	FP	Regelwerk	Aussetzung der Fiskalregeln		
	UK	FP	Hilfspaket	Ausweitung Kurzarbeitergeld, Steuerstundungen für Unternehmen, Zuschüsse für Ruheständler und Selbständige	20	
22.03.	FR	FP	Schutzschild	Garantien		300
23.03.	DE	FP	Stabilisierungs- und Solidaritätsfonds	Kredite, Beteiligungen, Bürgschaften, Zuschüsse	260	400
	US	GP	Ankündigung von grenzenlosem Umfang der Anleihekäufe			
25.03.	EZB	GP	Aussetzung des Ankaufslimits, das das Halten von Anleihen auf ein Drittel aller Anleihen pro Land beschränkt			
27.03.	US	FP	Hilfspaket (CARES Act)	Steuer- und Kreditstundung, Kurzarbeit, Gesundheitsausgaben und Zuschüsse, Kreditvergabe	2 000	665
31.03.	US	GP	„International Repo Facility“ für ausländische Zentralbanken, „Main Street Business Lending Program“ zur Kreditvergabe an KMU			
02.04.	EU	FP	Hilfspaket, Schutzschild	Kurzarbeit, Gesundheitsausgaben, Garantien und Zuschüsse (Drei-Säulen-Modell)	100	440
06.04.	IT	FP	Schutzschild	Garantien		400
07.04.	JP	FP	Hilfspaket	Haushalts- und Unternehmenszuschüsse, Gesundheitsausgaben, Subventionen von Lokalregierungen, Steuerstundungen	1100	
08.04.	IT	FP	Schutzschild	Garantien		400
09.04.	EU	FP	Hilfspaket, Schutzschild	Einigung auf das am 03.04. vorgeschlagene Drei-Säulen-Modell	540	
15.04.	FR	FP	Ausweitung Hilfspaket	Steuerstundungen, Kurzarbeitergeld und Zuschüsse	110	
20.04.	US	FP	Hilfspaket	Gesundheitsausgaben und Zuschüsse	430	285
27.04.	JP	GP	Ausweitung der Anleihekäufe, Stärkung des Spezialfonds			
30.04.	EZB	GP	Verlängerung von PEPP, attraktivere Konditionen langfristiger und gezielter Refinanzierungsgeschäfte, Einführung von Pandemie-Refinanzierungsgeschäften (PELTROs)			
11.05.	US	FP	Hilfspaket	Unterstützung für Bundesstaaten und Kommunen, Zuschüsse, Studienkreditstundungen, Gesundheitsausgaben und Zuschüsse	3 000	
18.05.	DE/FR	FP	Absichtserklärung	Europäischer Aufbauplan	500	
22.05.	JP	GP	Zentralbank will unbegrenzt Staatsanleihen aufkaufen, um Renditen zehnjähriger Staatsanleihen nahe 0 zu halten			
26.05.	JP	FP	Hilfspaket	Zuschüsse an Haushalte und Unternehmen, Unternehmenskredite	1050	
27.05.	EU	FP	Hilfspaket	Europäischer Wiederaufbauplan inkl. Aufbauinstrument „Next Generation EU“ (750 Milliarden Euro, davon 250 Milliarden Garantien), Finanzierung über Mittelaufnahme der EU-Kommission	2 400	250
03.06.	DE	FP	Hilfspaket	Wiederaufbauplan inkl. Senkung der Mehrwertsteuer, Kinderbonus und Entlastungen für Unternehmen und Haushalte sowie Förderung von E-Mobilität	130	
04.06.	EZB	GP	Ausweitung des PEPP um 600 Milliarden auf 1,35 Billionen Euro			

1 Umrechnung nationaler Währungen in Euro laut Wechselkurs am 04.06.

2 Schätzungen auf Basis des AK Steuerschätzung Mai sowie eigene Schätzungen auf Grundlage der BA-Zahlen April.

GP = geldpolitische Ankündigung, FP = finanzpolitische Ankündigung.

Quellen: Nationale Zentralbanken und Regierungsbehörden, EU-Kommission, Bruegel, Institute of International Finance, Bloomberg.

Tabelle 2

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Weltwirtschaft
In Prozent

	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote in Prozent			
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent								2018	2019	2020	2021
	2018	2019	2020	2021	2018	2019	2020	2021				
Euroraum	1,9	1,2	-9,7	5,6	1,7	1,3	0,6	1,0	8,1	7,5	9,4	8,9
ohne Deutschland	2,0	1,4	-9,8	7,0	1,7	1,2	0,5	1,1	10,3	9,5	11,9	11,1
Frankreich	1,7	1,3	-9,4	7,2	1,9	1,1	0,5	1,2	9,0	8,5	10,1	9,5
Italien	0,7	0,3	-11,2	7,3	1,2	0,7	0,0	0,8	10,6	9,9	11,2	10,6
Spanien	2,4	2,0	-11,0	7,2	1,7	0,7	0,2	1,1	15,3	14,1	18,7	17,4
Niederlande	2,5	1,8	-5,8	5,5	1,6	2,7	0,9	1,5	3,8	3,4	6,0	5,2
Vereinigtes Königreich	1,3	1,4	-8,9	3,6	2,3	1,7	1,4	2,2	4,1	3,8	7,0	9,6
USA	2,9	2,3	-6,9	4,1	2,4	1,8	0,8	1,1	3,9	3,7	11,6	9,0
Japan	0,3	0,7	-4,6	2,9	0,8	0,6	-0,1	0,2	2,4	2,4	3,3	2,9
Südkorea	2,7	2,0	-1,2	2,6	1,5	0,4	0,2	0,4	3,8	3,7	4,4	4,1
Mittel- und Osteuropa	4,7	4,0	-4,5	4,7	2,2	2,7	2,7	2,8	3,7	3,3	3,4	3,2
Türkei	2,9	0,9	-4,2	0,5	16,3	15,2	11,6	12,0	11,0	13,7	14,8	14,0
Russland	2,4	1,4	-4,4	0,8	2,9	4,5	3,4	4,2	4,8	4,6	4,9	4,9
China	6,7	6,2	-3,2	8,1	1,9	2,4	4,0	3,1	4,1	4,1	4,1	4,1
Indien	6,7	5,1	-2,6	6,8	3,9	3,7	3,6	3,3				
Brasilien	1,3	1,1	-5,0	4,1	3,8	3,8	1,5	2,7	12,3	12,0	13,9	12,5
Mexiko	2,1	-0,1	-5,2	2,9	4,9	3,4	1,3	1,6	3,4	3,5	4,9	4,1
Fortgeschrittene Volkswirtschaften	2,2	1,8	-7,2	4,2	2,0	1,4	0,7	1,0	4,8	4,5	9,3	8,0
Schwellenländer	5,5	4,6	-3,5	6,4	3,3	3,6	3,9	3,6	5,1	5,2	5,6	5,3
Welt	4,2	3,5	-4,9	5,5	2,8	2,7	2,6	2,6	5,0	4,9	7,1	6,4

Quellen: Nationale statistische Ämter; DIW Sommergrundlinien 2020.

© DIW Berlin 2020

seine Prognose für das Jahr 2020 damit drastisch um 7,4 Prozentpunkte von 2,5 auf -4,9 Prozent und hebt sie für das Jahr 2021 um 2,0 Prozentpunkte von 3,5 auf 5,5 Prozent an.

Die Risiken sind überwiegend abwärtsgerichtet. So könnten weitere Infektionswellen und damit einhergehende erneute Verschärfungen von Eindämmungsmaßnahmen die Rezession erheblich vertiefen und verlängern. Zudem könnte ein stärker als erwarteter Anstieg von Unternehmens- und Privatsolvenzen, verbunden mit einem Anstieg von Kreditausfällen, die Finanzmärkte in einigen Regionen destabilisieren und letztlich die Solvenz etlicher Staaten gefährden. Auch bestehen weiterhin Risiken erneuter handelspolitischer Eskalationen, beispielsweise zwischen China und den USA, aber auch mit Blick auf die Brexit-Verhandlungen zwischen Großbritannien und der Europäischen Union, in denen auch in der vierten Verhandlungsrunde keine Fortschritte erzielt wurden.

USA: Schrittweise Erholung nach Einbruch der Wirtschaftsleistung

Die Covid-19-Pandemie und die zu deren Eindämmung ergriffenen Maßnahmen haben in den Vereinigten Staaten zu einem dramatischen Einbruch der Wirtschaftsleistung geführt. Nachdem die US-Wirtschaft im ersten Quartal im Vergleich zum Vorquartal bereits um annualisiert 5,0 Prozent schrumpfte, fällt im laufenden zweiten

Quartal der Einbruch der Wirtschaftsleistung noch viel stärker aus und dürfte annualisiert wohl etwa vierzig Prozent betragen.

Massive Rückgänge deuten sich im zweiten Quartal sowohl beim privaten Konsum als auch bei den Unternehmensinvestitionen an. Seit Mitte März haben mehr als 40 Millionen Beschäftigte vor allem aus Dienstleistungsgewerben – zum Teil vorübergehend – ihre Arbeitsstellen verloren; die Arbeitslosenquote ist im Zuge dieser Entwicklungen von 3,5 Prozent im Februar auf 14,7 Prozent im April hochgeschossen. Im Mai ist die Arbeitslosenquote bereits wieder leicht auf 13,3 Prozent zurückgegangen.

Im zweiten Halbjahr dürfte sich die US-Wirtschaft etwas erholen; allerdings werden die Wachstumseinbußen aus dem ersten Halbjahr bei weitem nicht kompensiert werden. So ist zunächst mit erheblichen Einkommenseinbußen und trotz moderater Inflation mit einer deutlich verminderten Kaufkraft der Haushalte und schwachen Unternehmensinvestitionen zu rechnen. Mit der allmählichen Erholung der Wirtschaft wird sich auch die Lage am Arbeitsmarkt wieder verbessern; allerdings wird die Arbeitslosenquote voraussichtlich erst im Jahr 2021 wieder unter zehn Prozent sinken.

Stützend wirken insbesondere die umfangreichen finanzpolitischen Maßnahmen der US-Regierung, die mehr als zwei Billionen US-Dollar – also rund zehn Prozent

des Bruttoinlandsprodukts – umfassen.² Zudem hat die US-Notenbank in zwei Schritten ihre Leitzinsen auf fast null Prozent gesenkt, Ankaufprogramme für Vermögenswerte beschlossen, die einen ähnlichen Umfang haben wie zum Ausbruch der Finanzkrise, und verschiedene Maßnahmen ergriffen, um ausreichend Liquidität im Finanzsystem sicherzustellen.

Auch in den USA ist die Unsicherheit über die zukünftigen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen stark gestiegen. Allem voran werden Unwägbarkeiten über den weiteren Pandemieverlauf und Eindämmungsmaßnahmen zu einer erheblichen Konsum- und Investitionszurückhaltung führen. Auch der unklare Ausgang der US-Präsidentenwahlen und damit die künftige Ausrichtung der US-amerikanischen Wirtschaftspolitik dürften die Normalisierung etwas bremsen.³ Der Handelskonflikt zwischen den Vereinigten Staaten und China wird wohl weiter schwelen. Im Januar 2020 wurde im sogenannten „Phase One“-Abkommen ein starker Anstieg der US-Exporte nach China vereinbart, was angesichts des Covid-19-Ausbruchs und der weltweiten Wirtschaftskrise kaum erfüllbar sein dürfte.⁴ Die Unsicherheiten hinsichtlich des weiteren Verlaufs des Handelskonflikts bleiben darum hoch.⁵ Alles in allem wird die US-Wirtschaft im laufenden Jahr wohl um 6,9 Prozent schrumpfen. Im Jahr 2021 dürfte die Wachstumsrate bei 4,1 Prozent liegen.

China: Das Schlimmste ist wohl vorüber

Die chinesische Wirtschaft ist im ersten Quartal um knapp zehn Prozent geschrumpft. Dies war der erste Rückgang der Wertschöpfung seit dem Beginn der offiziellen Daten im Jahr 1992. Nichtoffizielle Statistiken zur wirtschaftlichen Aktivität und zum Außenhandel verzeichneten bereits für Januar teilweise zweistellige Rückgänge. In offiziellen Daten etwa zu Industrieproduktion, Einzelhandel, Pkw-Neuzulassungen und Dienstleistungen befinden sich die Tiefpunkte der Monatsreihen zumeist im Februar; ebenso für die Einkaufsmanagerindizes. Im März ist für das Gros der Wirtschaftsindikatoren eine starke Gegenbewegung zu beobachten, so dass die Unternehmen mittlerweile wieder kurz unterhalb ihres Auslastungsniveaus vor dem Pandemieausbruch operieren dürften.

Ein Überschießen zeichnet sich in den wenigen verfügbaren Indikatoren für April allerdings nicht ab. Grund ist, dass

² Insbesondere umfassen diese Maßnahmen direkte Transfers an Haushalte mit niedrigem und mittlerem Einkommen, eine Erhöhung und Verlängerung der Arbeitslosenunterstützung sowie Notkredite für Unternehmen. Es ist zudem wahrscheinlich, dass in den kommenden Wochen ein Konjunkturprogramm zur Stimulierung der Wirtschaft beschlossen wird, dessen Ausgestaltung allerdings noch nicht absehbar ist.

³ Zudem ist es möglich, dass sich die Ende Mai entstandenen Unruhen, die die Benachteiligung der schwarzen Bevölkerung in Wirtschaft und Gesellschaft anprangern, länger hinziehen.

⁴ Bereits vor der weltweiten Ausbreitung von Covid-19 war der im Vertrag anvisierte starke Anstieg der US-Exporte nach China kaum realistisch. Vgl. hierzu Chad P. Bown (2020): Unappreciated hazards of the US-China phase one deal. Peterson Institute for International Economics, 21. Januar.

⁵ Zudem haben sich zuletzt die politischen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und China vor dem Hintergrund des Covid-19-Ausbruchs verschlechtert, was weitere Verhandlungen zur Eindämmung des Handelskonflikts erschweren dürfte. Zusätzlich belastet werden die Beziehungen unter anderem durch eine geplante Ausweitung der US-Sanktionen gegen den chinesischen Technologiekonzern Huawei sowie unterschiedliche Ansichten über den künftigen Status Hongkongs innerhalb Chinas.

Kasten

Konjunkturelle Auswirkungen durch die Corona-Pandemie

Um die globalen konjunkturellen Auswirkungen der Corona-Pandemie abzuschätzen, wird ein makroökonomisches Modell verwendet. Da für die aktuelle Pandemie noch nicht ausreichend Beobachtungen vorliegen, wird auch auf Daten für vergangene Epidemien wie SARS in den Jahren 2002/03 oder die Schweinegrippe zwischen 2009/2010 zurückgegriffen.

Um die Intensität und den Verlauf von Epidemien zu messen, könnte die Anzahl der weltweit infizierten oder gestorbenen Personen herangezogen werden. Allerdings sind diese Zahlen teilweise nicht verfügbar. Zudem sind sie oft nicht verlässlich, da sie in vielen Ländern nur vereinzelt erhoben werden oder die Dokumentation politisch beeinflusst wird. Aus ökonomischer Sicht entscheidender ist, dass solche Zahlen nur die unmittelbar betroffenen Personen abbilden. Für die gesamtwirtschaftlichen Effekte dürfte aber die öffentliche Wahrnehmung der Krisen ebenso entscheidend sein, da sie Konsum-, Investitions- und Politikentscheidungen beeinflusst.

Um diesen Aspekten Rechnung zu tragen, wurde ein Medienindex entwickelt, der die Intensität und vor allem das genaue Auftreten von Epidemien im öffentlichen Bewusstsein abbildet.¹ Dieser wird in ein vektorautoregressives Modell für die Monatsfrequenz integriert. Neben dem Epidemie-Indikator enthält das Modell noch die logarithmierte saisonbereinigte Industrieproduktion von Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien, den Vereinigten Staaten und der Welt sowie die Stromerzeugung in China als Maß für die dortige wirtschaftliche Aktivität. Es wird angenommen, dass der Epidemie-Indikator auf der Monatsfrequenz exogen bezüglich dieser Variablen ist.

Das Modell enthält neun Verzögerungen der endogenen Variablen und wird mit Daten für den Zeitraum Januar 1995 bis März 2020 geschätzt. Dies bedeutet, dass der kontemporäre Zusammenhang von Covid-19 und der Industrieproduktion mit in die Schätzung einfließt und die unmittelbare Reaktion der Modellvariablen auf den Schock beeinflusst. Die mit Hilfe des Modells prognostizierte Dynamik allerdings, die sich aus dem autoregressiven Teil des Modells ergibt, wird überwiegend basierend auf den Daten für vergangene Epidemien geschätzt.

Es wird ein Epidemieschock in das Modell eingespeist, der so kalibriert wurde, dass die Industrieproduktion in den großen europäischen Volkswirtschaften im dritten Monat nach dem Schock zwischen zehn und 30 Prozent einbricht. Dies entspricht den Rückgängen der Industrieproduktion in Deutschland, Frankreich, Spanien und Italien im März 2020.

¹ Vgl. Konstantin A. Kholodilin und Malte Rieth (2020): Medienbasierter Index zeigt: Epidemien bringen in der Regel dauerhafte wirtschaftliche Einbußen mit sich. DIW aktuell 32 (online verfügbar); Konstantin A. Kholodilin und Malte Rieth: Viral Shocks to the World Economy. DIW Discussion Papers 1861 (online verfügbar).

Der Schock tritt somit im Januar auf und reflektiert den dann geschätzten Rückgang der Stromerzeugung in China, während die offiziellen chinesischen Daten für die Industrieproduktion erst im Februar einen Einbruch verzeichnen. Die Reaktion der Variablen kann als Prognose über den weiteren Verlauf der Industrieproduktion in den jeweiligen Ländern und der Welt verstanden werden, unter der Annahme, dass im Januar nur der Corona-Schock auftrat und im Prognosezeitraum von zwei Jahren keine weiteren Schocks kommen.

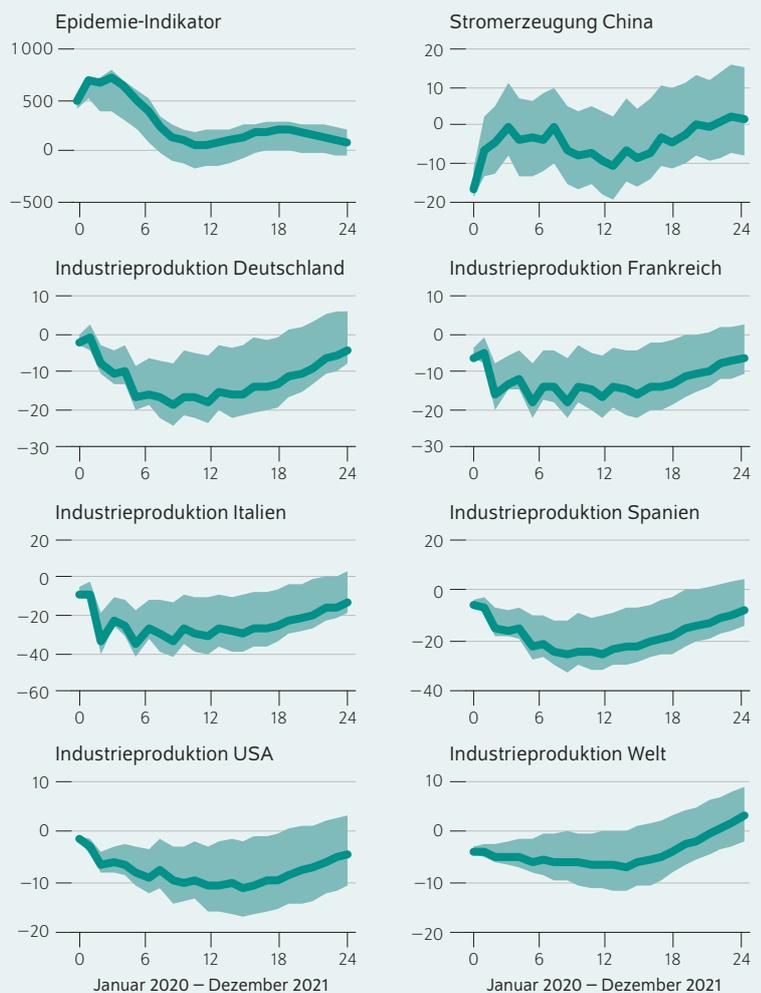
Es zeigt sich, dass das Modell den tatsächlichen Verlauf von Covid-19 recht gut abbilden kann (Abbildung). Es kommt zwischen Januar und bis in den Mai hinein global zu einer weiteren Ausbreitung der Krankheit. Danach kehrt der Epidemie-Indikator allmählich zu seinem Trendverlauf zurück. Allerdings suggeriert die Dynamik, dass Epidemien in der Vergangenheit etwa rund ein Jahr gedauert haben, bis sie deutlich abflachten. Danach ist sogar eine zweite Welle zu erkennen. Der Indikator steigt nach etwa einem Jahr wieder leicht an, bevor er endgültig ausläuft. Allerdings ist dieser zweite Anstieg auf dem 90-Prozent-Niveau nur marginal signifikant.

Die lange Dauer der Epidemie führt in den meisten Ländern zu persistenten Produktionsrückgängen. Eine Ausnahme ist China, wo sich die Produktion gemessen am Stromverbrauch recht schnell wieder erholt. Dies ist im Einklang zumindest mit den offiziell veröffentlichten Daten zur chinesischen Produktion und Handelsaktivität, die im April zumeist wieder das Niveau von Dezember 2019 erreicht haben.

Für die anderen Länder und die Welt als Ganzes sieht die unmittelbare wirtschaftliche Zukunft laut Modell deutlich düsterer aus. Der Tiefpunkt der Produktion dürfte überwiegend im zweiten Quartal 2020 liegen. Danach setzt dann zwar eine Erholung ein. Diese fällt aber sehr graduell aus und dauert lange. In keinem Land außer China wird gegen Ende des Prognosehorizonts das ursprüngliche Produktionsniveau wieder erreicht. Ein Überschießen der Produktion über ihr Ausgangsniveau ist nirgends zu beobachten. Zwar sind die Wachstumsraten etwa ab dem dritten Quartal nach dem Schock zumeist wieder positiv, dies impliziert aber nicht, dass die ausgefallene Produktion nachgeholt wird, sondern nur, dass man zu dem alten Niveau zurückkehrt. Die durch Epidemien verursachten Produktionsausfälle scheinen für immer verloren.

Abbildung

Geschätzte Auswirkungen von Epidemien auf die Industrieproduktion Abweichung vom Trend in Prozent



Quelle: Macrobond, eigene Berechnungen.

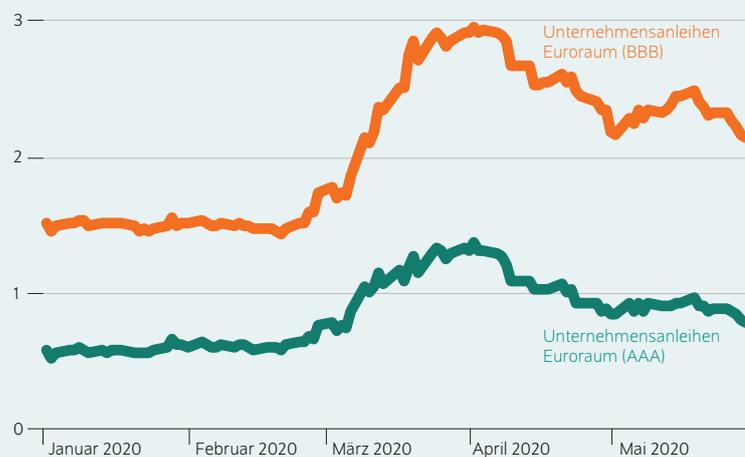
© DIW Berlin 2020

Während sich die Wirtschaft in China von einem Epidemieschock schnell erholt, passiert dies in anderen Ländern nur schleppend.

Abbildung 3

Renditespreads zehnjähriger Unternehmensanleihen

In Prozentpunkten, gegenüber zehnjährigen deutschen Staatsanleihen



Quelle: Macrobond.

© DIW Berlin 2020

Die Refinanzierungskosten für Unternehmen sind im März deutlich gestiegen und liegen auf höherem Niveau als vor Covid-19.

neben der nur allmählichen Normalisierung der einheimischen Dienstleistungsbranche die Weltwirtschaft im Vergleich zu China später angefangen hat zu schrumpfen und die Wirtschaft in China belastet. Die Geld- und Finanzpolitik versucht mit einer Reihe von Maßnahmen, die Konjunktur zu stimulieren. So wurden etwa Kreditgarantien für kleine und mittlere Unternehmen ausgesprochen und Steuersenkungen für Januar und Februar beschlossen. Alles in allem wird es wohl bereits im laufenden Quartal wieder positives Wachstum geben, so dass auf Jahressicht ein Minus von nur noch etwa drei Prozent erwartet wird. Für das nächste Jahr sind eine Erholung und damit ein Wachstum von über acht Prozent zu erwarten.

Euroraum: Corona-Unsicherheit belastet trotz expansiver Maßnahmen

Die europäische Wirtschaft ist aufgrund der Corona-Pandemie im Laufe des März nahezu vollständig zum Erliegen gekommen, folglich schrumpfte das Bruttoinlandsprodukt im Euroraum im ersten Quartal 2020 um 3,6 Prozent. Vor allem der private Verbrauch, der sich zuvor als Stütze der Konjunktur erwiesen hatte, trug neben einer stark rückläufigen Investitionstätigkeit negativ zum Wachstum bei. Der Außenhandelsbeitrag war bei gleichzeitig fallenden Aus- und Einfuhren von Waren und Dienstleistungen ebenfalls negativ.

Insbesondere im zweiten Quartal dürften die in vielen Ländern ergriffenen Lockdown-Maßnahmen zu einem noch stärkeren Rückgang der Produktion führen. So waren im April – nach bereits kräftigen Verlusten im März – sowohl

die Einkaufsmanagerindizes als auch die Konsumenten-zuversicht länder- und sektorübergreifend rückläufig und befanden sich trotz einer teilweisen Stabilisierung im Mai weiterhin deutlich unter der Expansionsschwelle. Auch die meisten harten Indikatoren legen einen massiven Rückgang der Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal nahe. So sanken etwa die Einzelhandelsumsätze in den meisten Ländern nach einem starken Rückgang im März auch im April erneut kräftig.

In den meisten Mitgliedstaaten wurden seit März umfangreiche Konjunktur- und Hilfspakete aufgesetzt (Tabelle 1).⁶ Auch die Europäische Zentralbank kündigte neben der Ausweitung bereits bestehender Programme ein zusätzliches Pandemie-Notfallankaufprogramm (Pandemic Emergency Purchase Programme, PEPP) an, das Anfang Juni noch einmal aufgestockt wurde.⁷ Hinzu kamen umfassende Lockerungen regulatorischer Standards für Geschäftsbanken, um Liquiditätsengpässe und Kreditklemmen zu vermeiden.

Zwar dürften diese expansiven Maßnahmen und eine Ausweitung der vielerorts bereits erfolgten Lockerungen der Eindämmungsmaßnahmen die heimische Nachfrage stützen und einer weiteren Verschlechterung der Finanzierungsbedingungen für Unternehmen entgegenwirken (Abbildung 3). Dennoch wird sich wohl die Produktion im weiteren Prognosezeitraum nur langsam erholen und ihr Niveau von vor Ausbruch der Pandemie bis Ende des kommenden Jahres nicht wieder erreichen, da die Unsicherheit über den weiteren Pandemieverlauf weiterhin hoch ist. Zudem bleibt unklar, in welchem Umfang, wie lange und wie schnell die wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen die entstandenen Einkommensverluste abfedern können. Somit dürften sich Haushalte und Unternehmen mit größeren Konsum- und Investitionsausgaben vorerst zurückhalten und Einkommen und Zuwendungen verstärkt zur Ersparnisbildung nutzen. Auch der Außenhandel wird sich mit Aufhebung der Handels- und Reisebeschränkungen im dritten Quartal wohl etwas beleben. Während sich der internationale Warenverkehr und damit verbundene Lager- und Transportdienstleistungen schneller erholen dürften, werden die bestehenden Einschränkungen bei Dienstleistungen – von personenbezogenen Dienstleistungen über den stationären Handel bis zum Gastgewerbe – wohl nur schrittweise zurückgeführt werden.

Somit wird voraussichtlich die wirtschaftliche Erholung insbesondere in Mitgliedstaaten, in denen ein relativ großer Teil der Bruttowertschöpfung im Tourismussektor generiert wird, langsamer als in Staaten mit kleinem Tourismusanteil ausfallen. Dies betrifft unter den großen Volkswirtschaften

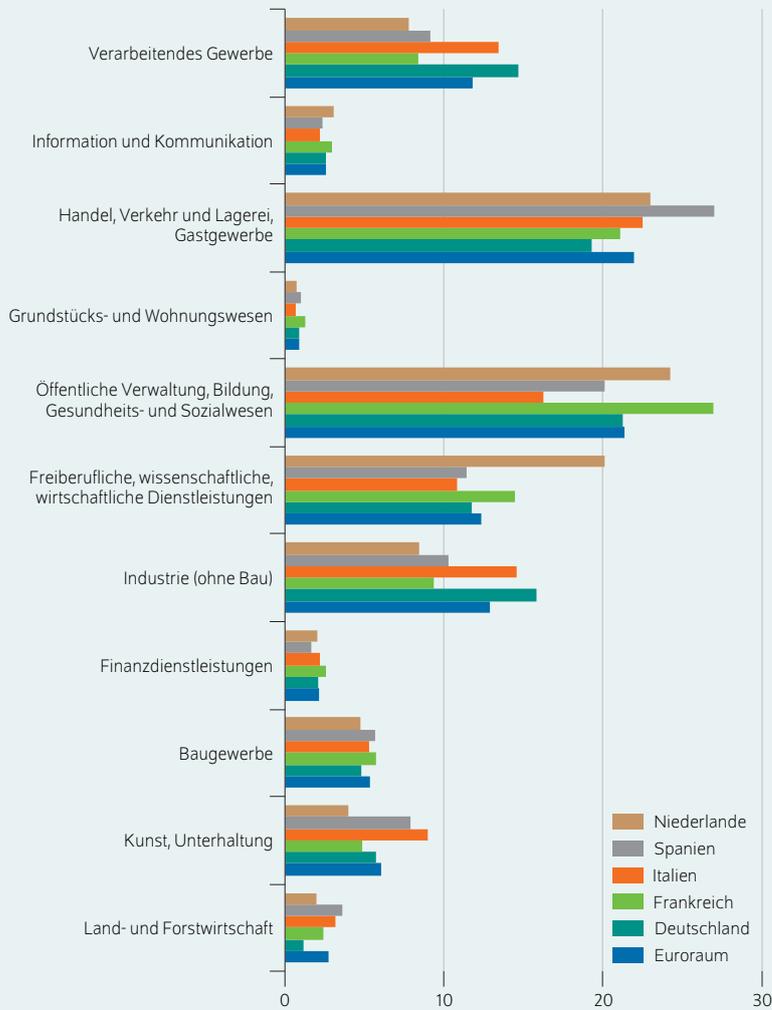
⁶ Diese beinhalteten neben Soforthilfemaßnahmen wie etwa Ausweitungen beim Kurzarbeitergeld, Kaufprämien oder Steuervergünstigungen auch massive Erhöhungen staatlicher Garantien und Bürgschaften für Unternehmensverbindlichkeiten. Vgl Kerstin Bernoth et al. (2020): Wirtschaftspolitische Maßnahmen gegen die Covid-19-Krise wirken vor allem im Zusammenspiel. DIW Wochenbericht Nr. 23 (online verfügbar, abgerufen am 4. Juni 2020). Dies gilt für alle Onlinequellen in diesem Bericht, sofern nicht anders angegeben.

⁷ Am 4. Juni stockte die EZB das Programm noch einmal um 600 Milliarden Euro auf nun insgesamt 1350 Milliarden Euro auf und verlängerte es bis Juni 2021. Bereits Ende April hatte sie angekündigt, die Laufzeit des PEPP zu verlängern, solange es notwendig sein sollte.

Abbildung 4

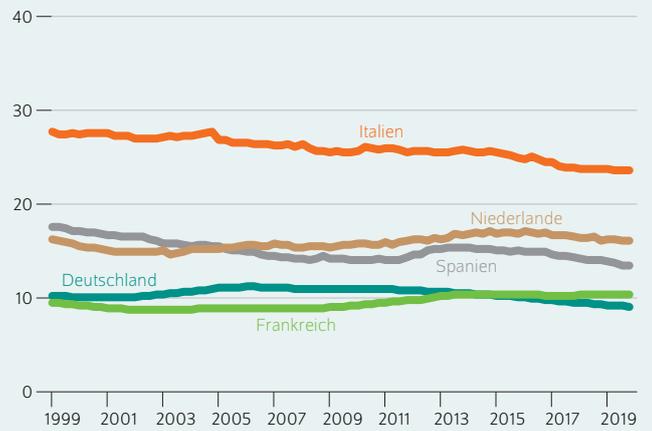
Beschäftigung nach Sektor und Abhängigkeit
In Prozent

Durchschnittliche Beschäftigung 2018 und 2019

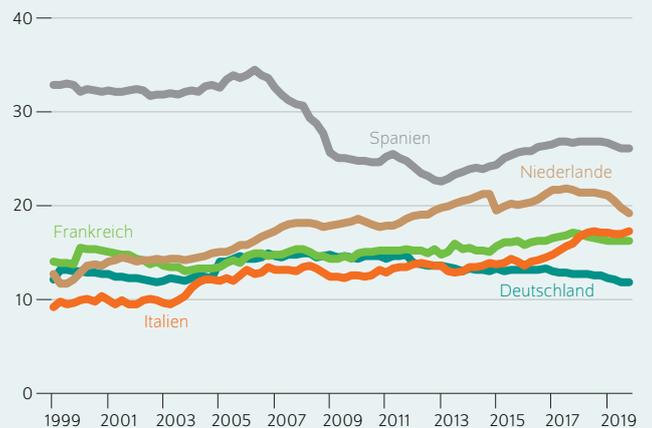


Quelle: Eurostat.

Anteil der Selbständigen



Anteil der Beschäftigten mit befristeten Verträgen



© DIW Berlin 2020

In Spanien und Italien ist der Anteil der im Gastgewerbe beschäftigten Erwerbstätigen und insbesondere der Anteil der Selbständigen besonders hoch.

vor allem Spanien und Italien. Überdurchschnittlich viele Erwerbstätige sind dort im internationalen Handel und Tourismus beschäftigt, und auch der Anteil an Selbständigen oder nur temporär Beschäftigten ist hoch (Abbildung 4). Da diese Gruppen besonders stark von Einkommensverlusten betroffen sind, dürfte sich die Lage am Arbeitsmarkt besonders in diesen Ländern im laufenden Jahr merklich eintrüben.

Insgesamt wird das Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr wohl deutlich um 9,7 Prozent schrumpfen. Im kommenden Jahr wird voraussichtlich ein Teil der Produktionsausfälle wieder aufgeholt werden, so dass die Produktion um 5,6 Prozent steigen dürfte.

Vereinigtes Königreich: Späte Reaktion auf Pandemie verschiebt Einbruch auf das zweite Quartal

Die Wirtschaft des Vereinigten Königreichs ist im Auftaktquartal um zwei Prozent geschrumpft. Während die noch relativ robuste Binnenkonjunktur der späten Reaktion der britischen Regierung auf die Ausbreitung des Coronavirus geschuldet ist, liegt der wesentliche Grund für den Wachstumseinbruch in der schwächeren Auslandsnachfrage.

Im zweiten Quartal dürfte die Wertschöpfung stark einbrechen, da die Regierung mit der Ausbreitung des Virus auf der Hauptinsel massive Eindämmungsmaßnahmen verordnete

und damit dem Beispiel der meisten anderen europäischen Länder folgte. Am aktuellen Rand beträgt die Kapazitätsauslastung im verarbeitenden Gewerbe lediglich 55 Prozent, und das Unternehmensvertrauen liegt auf dem niedrigsten Wert seit 30 Jahren. Die Industrieproduktion schrumpfte im März im Vergleich zum Vorjahr um acht Prozent. Noch düsterer ist es um den Konsum bestellt. Die Einzelhandelsumsätze sanken im April im Jahresvergleich um 23 Prozent. Im zweiten Quartal dürfte daher vor allem der Rückgang in der Binnenwirtschaft zu einem massiven Wachstums-einbruch geführt haben.

Die Wirtschaftspolitik stemmt sich so gut wie möglich dagegen. Die Zentralbank senkte den Leitzins in zwei Schritten von 0,5 Prozent auf 0,1 Prozent, legte ein Anleihekaufprogramm von über 200 Milliarden Pfund auf und verbilligte die Refinanzierung von Kleinunternehmen. Die Regierung beschloss ebenfalls zahlreiche expansive Maßnahmen. Die Steuersenkungen und Ausgabenerhöhungen dürften sich am Ende des Jahres auf nahezu 100 Milliarden Pfund belaufen.

Trotzdem wird sich die Konjunktur im weiteren Verlauf wohl nur allmählich stabilisieren. Das Königreich ist relativ stark von der Pandemie betroffen, und auch die Anzahl der täglichen Neuinfektionen geht nur langsam zurück. Die Eindämmungsmaßnahmen werden daher weniger schnell aufgehoben – vor allem von den Regionalregierungen in Nordirland, Wales und Schottland – als in anderen europäischen Ländern. Hinzu kommt die steigende Wahrscheinlichkeit eines harten Brexit am Jahresende. Alles in allem dürfte die Wirtschaft in diesem Jahr um knapp neun Prozent schrumpfen. Dem steht eine Erholung im kommenden Jahr von 3,6 Prozent gegenüber.

Mittel- und Osteuropa: Potential für rasche Erholung

Die Länder Mittel- und Osteuropas haben früh und mit einem meist umfassenden Lockdown auf die Corona-Pandemie reagiert.⁸ Die Fallzahlen bezogen auf die Einwohnerzahl sind deutlich geringer als in Westeuropa.⁹ Bis Anfang Mai wurden in allen Ländern der Region die ersten Lockerungen eingeleitet.

Im März 2020 erreichten die Rückgänge der Industrieproduktion in der Region zwischen minus fünf und minus zwölf Prozent. Die Einkaufsmanagerindizes brachen im April ein. Insbesondere exportorientierte Länder wie Ungarn und Tschechien dürften harte Einbußen im Auslandsgeschäft erleiden, darunter vor allem der Automobilsektor. Hier und in weiteren Branchen müssen unterbrochene Lieferketten erst wiederhergestellt werden. Die Region leidet auch unter dem Wegfall des Tourismus. Das insgesamt stark eingetrübte

⁸ Hierzu gehören neben der Schließung von Einzelhandelsgeschäften und Schulen, Abstandsregeln und dem Tragen von Masken Ausgangsbeschränkungen sowie in Südosteuropa sogar Ausgangsverbote für Senioren, ausgenommen zu bestimmten Tageszeiten.

⁹ Dort wird zwar meist mehr getestet. Die Anzahl der Testungen entspricht in Mittel- und Osteuropa immerhin in etwa dem Niveau der Niederlande oder Südkoreas. Tschechien testet etwa so viel wie Norwegen. Am wenigsten testet Bulgarien.

Konsumentenvertrauen hat sich mit der Lockerung der Pandemie-Maßnahmen in der Region zuletzt etwas erholt.

Der Ausbruch der Pandemie traf die Länder in einer Phase, in der die gesamtwirtschaftliche Produktion stark wuchs, die Lage auf dem Arbeitsmarkt günstig war und die staatlichen Finanzierungsdefizite sowie der Schuldenstand gering waren.¹⁰ Damit sind finanzpolitische Spielräume gegeben.

Neben geldpolitischen Lockerungen haben die Länder finanzpolitisch mit Antikrisenprogrammen reagiert, die ähnlich wie in Westeuropa verschiedene Maßnahmenpakete umfassen.¹¹ Polen hat am 18. März mit seinem Antikrisenschild und Ende April mit einem „Finanzschild“ für stark von der Pandemie betroffene Firmen ein Volumen von etwa 13 Prozent des BIP zur Bekämpfung der Pandemie-Folgen zur Verfügung gestellt. In anderen Ländern liegen die Volumina der Programme meist deutlich darunter.

Die Region hat bei einer wieder anziehenden Auslandsnachfrage das Potential für eine rasche Erholung. Investoren könnten die mittel- und osteuropäischen EU-Länder zur Sicherung ihrer Lieferketten (wieder-)entdecken. Im Jahr 2020 wird die gesamtwirtschaftliche Produktion um 4,5 Prozent zurückgehen und sich im weiteren Prognoseverlauf um 4,7 Prozent erholen.

Russland: Ölpreisverfall und hohe Infektionsrate

Die russische Wirtschaft ist von dem auf dem Weltmarkt stark gesunkenen Ölpreis¹² und der rasanten Verbreitung der Corona-Pandemie im Inland gleichzeitig getroffen. Die Infektionszahlen sind nach den USA und Brasilien die dritthöchsten weltweit, und die Zahl der Neuinfektionen nimmt weiterhin stark zu.

Die russische Regierung hatte zur Verhinderung von Infektionen frühzeitig die Grenzen zu China für den Personenverkehr abgeriegelt. Doch Ende März stiegen die Fallzahlen stark an. Daraufhin wurden unter anderem Ausgangsbeschränkungen¹³ eingeführt und Betriebsferien angeordnet. Der Monat April wurde bei Lohnfortzahlung als arbeitsfrei deklariert; die arbeitsfreie Zeit wurde bis 11. Mai verlängert. Seitdem werden in den Regionen unter Berücksichtigung des Infektionsgeschehens Lockerungen in Etappen durchgeführt. In Moskau wurde seit Juni die zweite Etappe eingeleitet: Weitere Einzelhandelsgeschäfte dürfen wieder öffnen und die Einwohnerinnen und Einwohner spazieren gehen. Auf Baustellen wird bereits seit Anfang Mai wieder gearbeitet.

¹⁰ Ausnahme ist hier Ungarn mit einem Schuldenstand von knapp 68 Prozent am BIP.

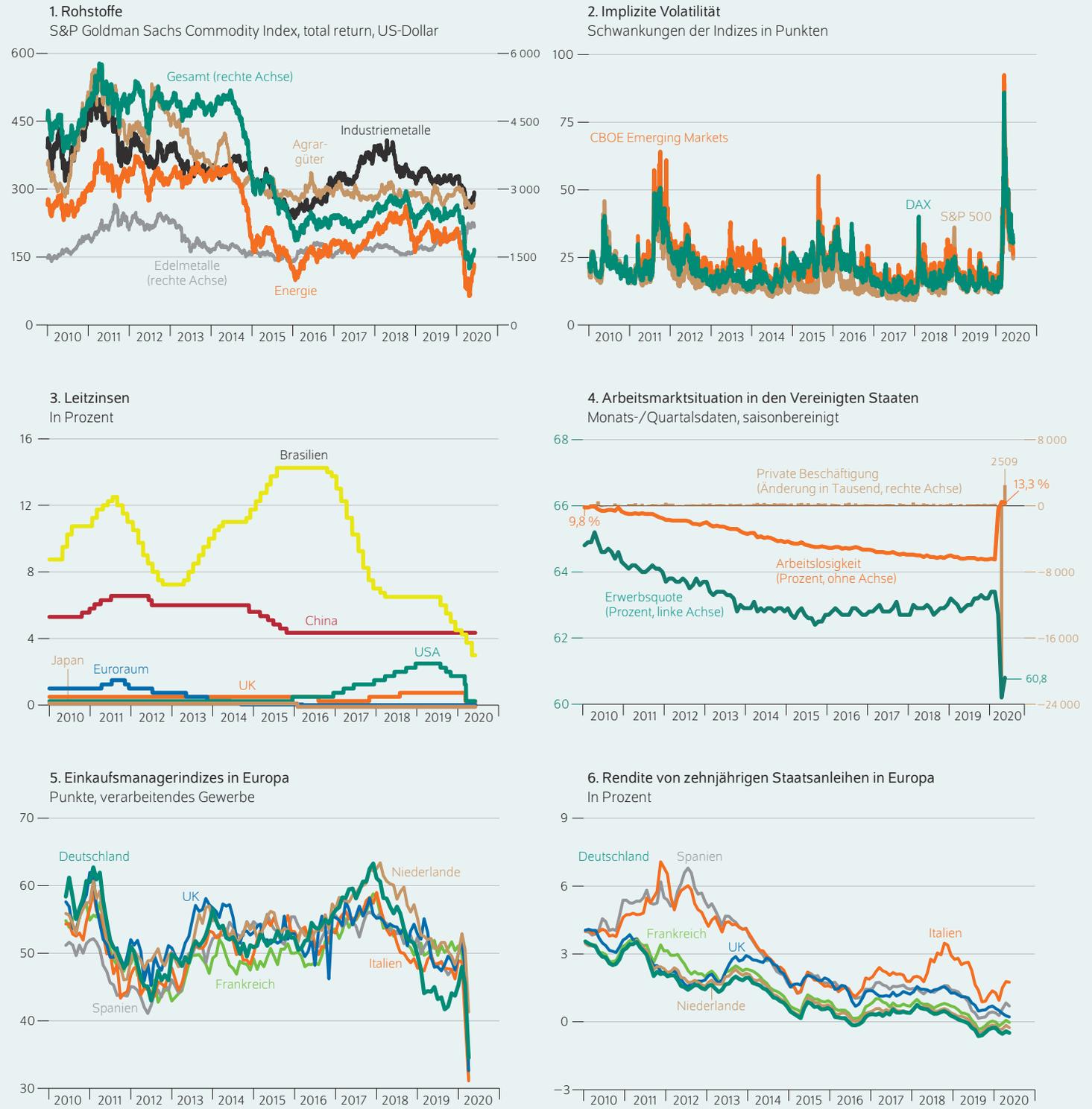
¹¹ Hierzu gehören die Einführung von Kurzarbeitergeld (in Tschechien das sogenannte Programm „Antivirus“) oder die Unterbrechung von Arbeitsverträgen und Fortzahlung eines Teils des Gehalts („technische Arbeitslosigkeit“ in Rumänien). Zusätzlich zu den Maßnahmen für den Arbeitsmarkt wurden spezielle Programme zur Unterstützung kleinerer und mittlerer Unternehmen aufgelegt, teilweise auch Programme für bestimmte Industriebranchen und den Finanzsektor.

¹² Nach der Übereinkunft der OPEC+ hat sich der Ölpreis im Mai zwar deutlich erhöht; er liegt aber noch unter dem im Staatshaushalt angesetzten Preis.

¹³ In Moskau wurde eine Ausgangssperre verhängt und eine Passagierscheinpflicht eingeführt.

Abbildung 5

Indikatoren zum weltwirtschaftlichen Umfeld



Anmerkung: Letzte Beobachtungen: 27. Mai 2020 (Abbildungsteile 1 bis 3); 1. April 2020 (Abbildungsteile 4 bis 6).

Quellen: S&P Dow Jones Indices (Abbildungsteil 1); Deutsche Börse; CBOE (Abbildungsteil 2); EZB; PboC; Federal Reserve; BoE; BOJ; Central Bank of Brazil (Abbildungsteil 3); Bureau of Labor Statistics (Abbildungsteil 4); IHS Markit (Abbildungsteil 5); Macrobond (Abbildungsteil 6).

Während der Beschränkungen stand die Produktion jedoch nicht landesweit still. Die Industrieproduktion ist nach Angaben des statistischen Amtes im April gegenüber dem Vormonat nur um knapp sechs Prozent gesunken. Allerdings sind die Einkaufsmanagerindizes eingebrochen. Auch der private Verbrauch dürfte stark zurückgegangen sein; der Einzelhandelsumsatz ist im April im Vergleich zum Vorjahr etwa um ein Viertel gesunken. Beschäftigten wurde offenbar Gehalt gekürzt oder nicht pünktlich ausgezahlt.¹⁴

14 In einer Ende April durchgeführten Befragung des Meinungsforschungsinstituts Levada Center von 1608 Erwachsenen gaben 32 Prozent der Befragten an, dass ihr Gehalt gekürzt wurde, und 25 Prozent, dass es nicht pünktlich ausbezahlt wurde. Zudem äußerten 46 Prozent der Befragten, dass sie wie bisher ihrer Tätigkeit nachgehen würden. Vgl. <https://www.levada.ru/2020/05/19/zanyatost-naseleniya/> sowie <https://www.levada.ru/2020/04/30/pandemiya-mery-i-nerabochie-nedeli/>.

Die russische Regierung hat mehrere Hilfspakete geschnürt, um die Auswirkungen der Pandemie auf die Unternehmen, den Arbeitsmarkt und die Familien einzudämmen. Bislang bleibt deren Umfang mit insgesamt unter zwei Prozent des BIP gering.¹⁵ Die russische Zentralbank hat ihre Leitzinsen weiter gesenkt. Im Prognosezeitraum ist in diesem Jahr mit einem Rückgang um 4,4 und mit einer nur langsamen Erholung um 0,8 Prozent im nächsten Jahr zu rechnen.

15 Der aus dem Erdöllexport gespeiste „Nationale Wohlfahrtsfonds“ hatte mit Stand 1. Mai 2020 ein Volumen von 168,35 Milliarden US-Dollar; dies entspricht 10,9 Prozent des BIP. Hiervon sind sieben Prozent eigentlich zweckgebunden, so dass knapp vier Prozent aus Fondsmitteln verfügbar wären.

Claus Michelsen ist Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | cmichelsen@diw.de

Guido Baldi ist Gastwissenschaftler in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | gbaldi@diw.de

Geraldine Dany-Knedlik ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | gdanyknedlik@diw.de

Hella Engerer ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | hengerer@diw.de

Stefan Gebauer ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | sgebauer@diw.de

Malte Rieth ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | mrieth@diw.de

JEL: E32, E66, F01

Keywords: Business cycle forecast, economic outlook

This report is also available in an English version as DIW Weekly Report 24+25/2020:

www.diw.de/diw_weekly



IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 Fax: -200

87. Jahrgang 11. Juni 2020

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake; Prof. Dr. Tomaso Duso; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.;
Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos;
Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Dr. Stefan Liebig; Prof. Dr. Lukas Menkhoff;
Dr. Claus Michelsen; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Carsten Schröder;
Prof. Dr. C. Katharina Spieß; Dr. Katharina Wrohlich

Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann; Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Dr. Alexander Schiersch; Dr. Stefan Bach

Redaktion

Dr. Franziska Bremus; Rebecca Buhner; Claudia Cohnen-Beck;
Dr. Anna Hammerschmid; Petra Jasper; Sebastian Kollmann; Bastian Tittor;
Sandra Tubik; Dr. Alexander Zerrahn

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg

leserservice@diw.de

Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

Gestaltung

Roman Wilhelm, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den
Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter
unter www.diw.de/newsletter